Fromme Wünsche lenken von der Wirklichkeit ab!

Warum die NIV-Charta nicht halten kann, was sie verspricht.

Am 10. Januar 2013 haben die Promotoren der Bündner Olympiakandidatur 2022 ihre «Charta für Nachhaltigkeit, Innovation und Vermächtnis» (NIV-Charta) den Medien präsentiert. Mit ihr wollen sie einen verbindlichen Handlungsrahmen für die Olympia-Verantwortlichen schaffen.

Mit dem vorliegenden Papier zeigen wir Gegnerinnen und Gegner des Projekts «Graubünden 2022»: Die NIV-Charta ist Abstimmungspropaganda, keine seriöse Handlungsgrundlage. Sie ist ein faules Versprechen und wird – und kann – keinesfalls halten, was sie verspricht:

- Grundproblem: NIV ist ein Papiertiger
- Verbindlichkeit: ein Etikettenschwindel
- Umwelt: Schönfärberei statt kritische Fragen
- Wirtschaft: naiv statt NIV
- Gesellschaft: fromme Wünsche statt Konzepte
- Management der Spiele: ein Luftschloss sichert die Nachhaltigkeit

Autorenschaft: Jon Pult, Grossrat, Chur; Hansruedi Schiesser, Chur; Silva Semadeni, Nationalrätin, Passugg-Araschgen; Severin Toberer, Zürich

Mitarbeit: Fortunat Anhorn, Malans; Enea Baselgia, Gemeinderat, Domat/Ems; Severin Bischof, Landrat, Davos; Jost Falett, Kreisrat, Bever; Tamara Gianera, Chur; Stefan Grass, Gemeinderat, Chur; Anita Mazzetta, Gemeinderätin; Hans F. Schneider, Says; Philipp Wilhelm, Landrat, Davos

Chur, Zürich, 16. Januar 2013

_

^{*} Das am 10. Januar 2013 publizierte und auf der Website des Vereins «XXIV. Olympische Winterspiele Graubünden 2022» abrufbare Papier datiert auf den 17. Dezember 2012 und wird als «ENTWURF Version V10.1» bezeichnet.

Das Grundproblem: NIV ist ein Papiertiger

Mit ihrem Konstrukt «Nachhaltigkeit, Innovation, Vermächtnis» (NIV) wollen die Olympiapromotoren zeigen, dass Olympische Winterspiele die nachhaltige Entwicklung fördern und einen bleibenden gesellschaftlichen Mehrwert hinterlassen. Der Leiter des NIV-Ausschusses, der ehemalige Generaldirektor des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Urs Lacotte lässt sich wie folgt zitieren: «Wir wollen die Kraft der Spiele nutzen und Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen finden, die wir uns heute stellen müssen. So wollen wir zum Beispiel wissen, wie die Menschen in 30 Jahren in den Bergen ihr Leben bestreiten, wie wir die Herausforderungen des Klimawandels für den Wintersport und den Tourismus angehen oder wie wir junge Menschen dazu bringen Sport zu treiben und gleichzeitig die Natur zu achten – im Breitensport und auch im Spitzensport.» (Medieninformation gr2022, 4. Oktober 2012)

Das ist im besten Fall gut gemeint. Und selbst wenn, ist es noch lange nicht gut. Denn ein paar schöne PR-Phrasen zur Nachhaltigkeit und ein paar Absichtserklärungen und fromme Wünsche bürgen keineswegs dafür, dass der vom IOC kontrollierte Mega-Event Olympische Spiele zu einem Instrument der nachhaltigen Entwicklung wird.

Das IOC selbst, das alleine und abschliessend über die Rahmenbedingungen und über die Vergabe der Spiele entscheidet, ist dafür verantwortlich, dass aus einem internationalen Fest des Amateursports über die Jahrzehnte ein weltweiter Mega-Marketing-Event geworden ist. Die Spiele sind immmer gigantischer, kommerzieller und umweltbelastender geworden, weil dies vom IOC so gewollt und gefördert wurde. So konnte auch der Profit des IOC und seiner obersten Funktionäre immer höher getrieben werden.

Lückenbüsser waren immer die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Durchführungsorte. Sie trugen die immer höher werdenden Kosten und schulterten die resultierenden Schulden. Sogar der ehemalige Sportminister und Promoter von Sion 2006, alt Bundesrat Adolf Ogi, spricht unterdessen von der «Geldmaschine» IOC, die nicht «zurück zur Natur» wolle. (SonntagsZeitung, 25. November 2012)

Warum und wie aus dieser gigantischen Geldmaschine ein Instrument für mehr Gemeinwohl und Nachhaltigkeit werden soll, kann kein einziger der Promotoren von «Graubünden 2022» erklären. Ebenfalls gibt es niemanden, auch nicht in der Wissenschaft, der nachweist, dass Olympische Spiele für eine positive Wirtschaftsentwicklung sorgen. Nur das Gegenteil ist verschiedentlich aufgezeigt worden.

An diesem Grundproblemen ändert NIV nichts. Die NIV-Charta lenkt höchstens von dieser entscheidenden Diskussion ab.

Verbindlichkeit: ein Etikettenschwindel

Mit der NIV-Charta gaukeln die Promotoren eine Verbindlichkeit vor. Ein privatrechtlicher Verein kann diese aber gar nicht gewährleisten – und schon gar nicht im Rahmen einer Olympia-Kandidatur.

• Erstens: Wie schon erwähnt, entscheidet ausschliesslich das IOC über die Rahmenbedingungen der Spiele. Das IOC schliesst die Verträge mit dem lokalen

Organisationskomitee immer erst *nach* der Vergabe der Spiele ab. Diese Verträge sichern dem IOC konsequent und rücksichtslos umfassende Vorrechte und Privilegien. Die Versprechungen, Wünsche und Absichtserklärungen im Bewerbungsdossier sind dafür absolut unverbindlich. Und nun soll ausgerechnet diese NIV-Charta irgendeine «Verbindlichkeit» herstellen?

- Zweitens: Für eine glaubwürdige Grundsatzerklärung der Promotoren kommt die NIV-Charta viel zu spät. Denn dafür hätte sie Bestandteil der Botschaft an den Bündner Grossen Rat oder mindestens der Botschaft des Bundesrates an die eidgenössischen Räte sein müssen. Sie hätte am Anfang des demokratischen Meinungsbildungsprozesses stehen müssen, verankert in einer gesetzlichen Grundlage und als Teil der Volksabstimmung. Stattdessen war die Charta während der parlamentarischen Beratungen noch nicht einmal veröffentlicht. Und am 3. März stimmen die Bündnerinnen und Bündner über eine Änderung des Finanzhaushaltgesetzes ab, um 300 Millionen Franken für die Spiele zu reservieren nicht über die gesetzliche Verankerung der Nachhaltigkeit!
- Drittens: Die Charta hat, obwohl sie von Partizipation redet, keinerlei demokratische Legitimation. Politisch ist ihre Bedeutung gleich null, rechtlich sowieso. Nirgends in der Botschaft der Bündner Regierung steht, dass man die Kandidatur zurückziehen wird, wenn die Ziele und Grundsätze der NIV-Charta verletzt werden.
- Viertens: Nach Aussage der Promotoren soll die NIV-Charta bei einem Nein der Bündnerinnen und Bündner am 3. März in den Papierkorb wandern. Damit geben sie indirekt zu, dass die Charta nur ein Mittel zur Abstimmungspropaganda darstellt und nicht eine ernsthafte Absicht, in Sachen Nachhaltigkeit in Graubünden vorwärts zu machen.
- Fünftens: Spätestens nach einem allfälligen Zuschlag der Spiele im Jahr 2015 hätte die Nichteinhaltung der NIV-Charta gar keine Folgen mehr. Die Regeln des IOC kommen dann voll zum Tragen.

Der zentrale Satz der Charta, «Die NIV-Charta bildet, neben den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und Zielen des Bundes, der Kantone und Gemeinden, den verbindlichen Rahmen unseres Handelns», ist ein haarsträubender Etikettenschwindel! Laut der NZZ vom 11. Januar 2013 musste selbst der Co-Leiter der NIV-Arbeitsgruppe, Dr. Jürg Stettler, zugeben, dass man nicht belegen könne, «dass die in der NIV-Charta postulierten Ziele tatsachlich umgesetzt werden.»

Umwelt: Schönfärberei statt kritische Fragen

Die NIV-Charta spricht sich für erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Klimaschutz, die Förderung des öffentlichen Verkehrs, Recycling aller Abfälle, Landschaftsschutz, Biodiversität und Sparsamkeit beim Wasserverbrauch aus. Was aber sind die konkreten Wirkungsziele?

• Schutzgebiete von nationaler Bedeutung sollen bei der Durchführung der Spiele nicht beeinträchtigt werden.

Sind die Spiele schon dann besonders umweltfreundlich, wenn sie die Gesetze akzeptieren? Gesetz ist Gesetz. Olympia hin oder her. Schutzgebiete von kantonaler Bedeutung scheinen für die NIV-Apostel allerdings nicht schutzwürdig genug zu sein.

- Die Spiele sollen «klimaneutral» sein. CO2-Emissionen sollen minimiert und wenn unvermeidbar – über «Klimaschutz-Projekte» kompensiert werden.
 Die Promotoren versprechen Klimaneutralität – und räumen im gleichen Satz ein, das mit Ablasshandel zu erkaufen. Ist das alles?
- Der ökologische Fussabdruck muss in Graubünden bis 2022 gegenüber 2012 wesentlich gesenkt sein.
 Was hat die Senkung des ökologischen Fussabdrucks bis zu den Spielen mit den Spielen selber zu tun? Hat NIV irgendwelche gesetzgeberischen und finanziellen Kompetenzen im Kanton Graubünden, die diesem Ziel eine minimale Glaubwürdigkeit geben könnte? Natürlich nicht.
- Graubünden soll dank Olympia ein nachhaltiges, schadstoffärmeres Verkehrssystem als heute bekommen.
 Wie soll das gehen? Was hat Olympia mit der Erneuerung des Privatautoparks zu tun? Werden die Spiele dauerhaft den Individualverkehr einschränken? Und wie sollte die Vorgabe implementiert, finanziert, kontrolliert und bei Nichterreichung sanktioniert werden? Und überhaupt: Generiert Olympia zunächst nicht einmal mehr statt weniger Verkehr? Auch hier wird den Leuten Sand in die Augen gestreut.

Statt allgemeine Ziele zu lesen, hätten sich viele Bündnerinnen und Bündner gewünscht, mehr Zahlen und Fakten über die konkreten Auswirkungen der Spiele auf die Bündner Umwelt zu erfahren. Und statt fromme Wünsche zu formulieren, hätten die Nachhaltigkeitsexperten ein paar kritische Fragen stellen und beantworten können. Zum Beispiel diese:

- Ist es nachhaltig, wenn während des Grossanlasses zwei Mal täglich bis zu 1740 Busfahrten nach und durch Graubünden gemacht werden müssen, um alle Zuschauer an die Wettkampfstätten zu bringen?
- Ist es folglich nachhaltig, wenn für diese Busse neue, riesige Busparkplätze auf der grünen Wiese gebaut werden müssen?
- Ist es nachhaltig, in Davos 3950 m² Schutzwald zu roden, weil die bestehende Snowboard-Arena für Olympia ausgebaut werden soll? Und ist es nachhaltig, in Lantsch 9500 m² Wald zu roden, weil bei Olympia rund um die Biathlonanlage 20'000 Leute Platz finden müssen? Oder wenn im Oberengadin 9100 m² Wald für den Ausbau der Sprunschanze geopfert werden müssen?

Wirtschaft: naiv statt NIV

Laut NIV-Charta sollen die Investitionen langfristig nützlich, innovativ und tragbar sein, Arbeitsplätze und Wertschöpfung sollen generiert, die Gastfreundschaft gefördert und die touristischen Marken Graubünden und Schweiz gestärkt werden, die Verpflegung soll über

regionale Produkte (im Winter!) geschehen – und Arbeitsbedingungen sowie Beschaffungswesen sollen fair und nachhaltig sein.

Alles hehre Absichten. Doch wer wird all das implementieren, die Mehrkosten finanzieren, die Vorgaben kontrollieren und bei Nichteinhaltung sanktionieren? Etwa das IOC? Oder das Organisationskomitee, das ohnehin schon eine Finanzierungslücke von 300 Millionen Franken in seinem Budget hat? Und auch beim Thema Wirtschaft sei die Frage erlaubt: Was sind die konkreten Wirkungsziele der NIV-Charta?

- Die Beschaffung für Olympia soll sich den Normen der ILO, des Schweizer Gesetzes und den Prinzipien des fairen Handels unterordnen.
 Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit? Jedes andere Verhalten mit unseren Steuergeldern wäre doch inakzeptabel.
- Die Marken Schweiz, Graubünden, St Moritz und Davos-Klosters sollen nachweisbar gestärkt werden.

Dass St. Moritz als Host City und die Schweiz als Austragungsland an Bekanntheit gewinnen würden, ist anzunehmen. Dass aber die Marke Graubünden profitieren könnte, beruht auf dem Prinzip Hoffnung. Es gibt keinerlei Erfahrungswerte, nicht einmal Anzeichen, die das stützen. Oder wie haben die italienische Region Piemonte oder die kanadische Provinz British Columbia von den Spielen in Torino oder Vancouver profitiert?

Ausserdem birgt Olympia das Risiko, dass Hauptsponsoren wie Coca-Cola oder McDonalds die starken Werte der Marke Graubünden konterkarieren und das touristische Image Graubündens untergraben. «Wahr», «wohltuend» und «weitsichtig» lassen sich zum Beispiel nicht mit dem Image der Fast-Food-Fressbuden in Einklang bringen.

 Die Spiele sollen keine zusätzlichen Schulden für Kanton und Gemeinden generieren.

Das ist angesichts der Verschuldungsgeschichte von Olympia sicherlich ein vordringliches Ziel: Seit den 1960er Jahren haben alle Winterspiele massive Kostenüberschreitungen ausgewiesen. Aber welche Garantien kann die NIV-Charta vorlegen, um dieses Ziel glaubwürdig zu verfolgen? Keine. Denn nach Artikel 37 der – wirklich verbindlichen – Olympischen Charta liegt das gesamte finanzielle Risiko beim Organisationskomitee. Und das besteht zu je einem Fünftel aus dem Bund, dem Kanton, Swiss Olympic und den beiden Gemeinden Davos und St. Moritz.

 Dank der Spiele soll die Zahl der Arbeitsplätze in Graubünden mindestens stabil bleiben und die Wertschöpfung pro Arbeitsplatz soll steigen.

Arbeitsplätze und Prosperität brauchen wir. Doch wie soll da ausgerechnet Olympia mittel- und langfristig weiterhelfen? Keine einzige unabhängige Studie kann nachweisen, dass die Spiele anderswo eine andauernde positive Wirtschaftsentwicklung für die durchführende Region bewirkt haben. Die Probleme, welche die Spiele jeweils hinterlassen, sind hingegen aus vielen Untersuchungen bekannt.

In einer sauberen Kosten-/Nutzen-Rechnung fällt Olympia aus Sicht der Steuerzahlenden spektakulär durch. Die nötige und erwünschte Redimensionierung der Spiele ist angesichts der IOC-Vorgaben unmöglich.

Weiter setzt Olympia mit dem Wintersport auf den falschen Markt. Graubünden braucht einen stärkeren Ganzjahrestourismus, nicht einen einseitigen Fokus auf den Winter. Zumal die meisten Touristikerinnen und Touristiker davon ausgehen, dass der Wintersport langfristig an Bedeutung einbüssen wird. Werbetechnisch privilegiert die Kandidatur mit St. Moritz ausserdem einseitig die bereits stärkste Destination Graubündens – auf Kosten des gesamten Kantons und bei einem völlig falschen Publikum.

Der Mega-Event verschärft in der Tendenz das grösste Wettbewerbsproblem unserer Leitbranche, des Tourismus: die hohen Preise. Gleichzeitig schafft Olympia Überkapazitäten in der Beherbergungsbranche, generiert keine wiederkehrende neue Nachfrage, treibt die Bodenpreise weiter in die Höhe und verursacht hohe Opportunitätskosten. Opportunitätskosten heisst, dass andere wichtige Tourismusprojekte und der Breitensport wegen der riesigen Olympia-Investitionen verschoben, reduziert oder ganz gestrichen werden müssen.

Die Erfahrung von anderen Austragungsorten zeigt, dass Olympische Spiele eher wie ein Strohfeuer oder gar wie eine Blase wirken, als dass sie Treiber einer positiven Wirtschaftsentwicklung wären. Zudem ist es geradezu grotesk, wenn die NIV-Verfasser auf der einen Seite betonen, dass sie nur langfristig nützliche Investitionen tätigen wollen und auf der anderen Seite im Budget des Vereins Graubünden 2022 gleichzeitig rund eine Milliarde Franken für temporäre Bauten vorgesehen ist! Selbstverständlich ist das kein Plädoyer dafür, diese unnützen Bauten stehen zu lassen. Es zeigt aber auf, dass Olympische Spiele und das Ziel langfristig nützlicher Investitionen nicht miteinander zu vereinbaren sind.

Wenn Olympia jetzt plötzlich als nachhaltiges Mittel für Innovation und Entwicklung angepriesen wird, zeugt dies von einer unsorgfältigen, naiven Analyse oder von kurzfristigem Gewinnstreben einiger Branchen, zu dessen Tarnung die Tatsachen verbogen werden. Bei den Verfassern der NIV-Charta gehen wir von ersterem aus.

Gesellschaft: fromme Wünsche statt Konzepte

Selbstverständlich stehen auch im Abschnitt «gesellschaftliche Nachhaltigkeit» der Charta viele schöne Worte. Die Bündner Bevölkerung werde sich Gedanken über die Zukunft machen, der Sport soll an der Spitze und in der Breite gefördert, olympische Werte sowie die Begeisterung für Freiwilligenarbeit in der Gesellschaft verankert, Hindernisfreiheit und interkulturelle Integration gewährleistet werden. Doch einmal mehr: Welches sind neben den leeren Floskeln die konkreten Wirkungsziele der NIV-Charta?

- Die Schweiz wird ihr internationales Image aufbessern, indem sie dank Olympia als Vorreiterin der nachhaltigen Entwicklung und als besonders gastfreundlich wahrgenommen wird.
 - Um das angeschlagene Image der Schweiz zu verbessern, muss der Hebel aber ganz woanders angesetzt werden. Die Schweiz muss endlich dafür sorgen, dass ihre

Banken die Rolle als Beihelferinnen zur Steuerhinterziehung aufgeben und den Finanzplatz säubern. Und das Land muss seiner drohenden politischen und wirtschaftlichen Isolation innerhalb Europas entgegenwirken. Olympia schafft weder das eine noch das andere. Und als Versuch, von den wahren Problemen abzulenken, werden die Spiele unausweichlich scheitern.

- Dank der Spiele soll die Schweiz als Wintersportnation ein breiteres Schnee- und Eissportangebot als heute erhalten.
 - Ob das einem zentralen gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht, kann bezweifelt werden. Zudem stellt sich die Frage, ob dies wirtschaftspolitisch richtig ist: Die meisten Fachleute sind sich einig, dass der Wintersport als touristischer Wirtschaftsfaktor in Europa abnehmen wird.
- Die Spiele sollen die Freiwiligenarbeit von Jugendlichen sowie deren Verantwortungsgefühl fördern.
 - Das ist kein brauchbares gesellschafspolitisches Konzept. Wenn eine Gesellschaft Olympische Spiele braucht, um das Verantwortungsgefühl ihrer kommenden Generationen zu wecken und um das freiwillige Engagement zu verankern, hat sie ein grösseres Problem. Wir bestreiten nicht, dass ein Grossanlass ein positives «Wir-Gefühl» auslösen kann. Dass dadurch aber strukturelle soziale Probleme gelöst werden, ist ein naiver Wunsch. Bestes Beispiel dafür ist London, wo während der Spiele eine sehr gute Stimmung herrschte. Trotzdem sind alle sozialen Probleme unverändert geblieben. Zudem würde es die Bündner Öffentlichkeit interessieren, wie die Promotoren gedenken, die 23'000 eingeplanten Freiwilligen an den Wettkampfstätten unterzubrigen, wo doch nach der offiziellen Planung alle Betten in den Beherbergungsbetrieben schon belegt sind.
- In zwei Punkten wird zudem der Spitzensport gefördert. Zum einen wird die Bereitschaft dafür bei Eltern und Jugendlichen gestärkt, zum anderen werden nach den Olympischen Spielen mehr öffentliche Mittel für den Sport zur Verfügung stehen [sic!].
 - Der Wunschzettel der Sportlobby ersetzt hier nicht nur die Wirkungsziele, sondern auch gleich ein einigermassen glaubwürdiges gesellschaftspolitisches Konzept! Ob der Spitzensport mehr gefördert werden soll und ob die öffentlichen Budgets grössere Anteile für den Sport reservieren sollen, mag eine legitime Diskussion sein. Sie darf aber nicht unter dem Titel «Nachhaltigkeit, Innovation. Vermächtnis» abgehandelt werden. Diese Forderung ist Gegenstand der politischen Diskussion wie jede andere Forderung nach mehr öffentlichen Geldern.

Management der Spiele: ein Luftschloss sichert die Nachhaltigkeit

Sehr ausführlich fallen die Vorgaben der NIV-Charta im Abschnitt zum Management der Spiele aus. Diesbezüglich soll alles ganz korrekt und nach internationalen Governance- und Transparenzregeln ablaufen. Es soll auch ein Nachhaltigkeitsmanagement mit entsprechenden Reportings und Analysen geben. Und natürlich gehören Professionalität, Ehrlichkeit und Integrität dazu – Eigenschaften, die man angesichts der Geschichte von Olympia sicher besonderes einfordern muss.

Liest man aber die Wirkungsziele durch, wird der Leserin und dem Leser bewusst, wie unverbindlich und inkonsistent diese NIV-Charta ist. Es wird postuliert, dass die betroffene Bevölkerung und alle interessierten Anspruchsgruppen einbezogen werden müssen, ohne zu sagen, wie dies geschehen soll. Weiter werden als Wirkungsziele die Selbstverständlichkeit aufgeführt, wonach sich das Management an die Grundsätze der Transparenz, der Glaubwürdigkeit und der Verantwortung halten muss und dass die Wirkung der Ziele wissenschaftlich untersucht werden muss! Zudem soll die NIV-Charta in einer überprüfbaren NIV-Strategie «operationalisiert» werden – wohl um noch mehr unverbindliche Worte über Nachhaltigkeit zu verlieren.

Als ob all dies nicht schon genug Zeugnis ablegen würde, dass kein verbindliches und konsistentes Konzept zur Implementierung der Nachhaltigkeitsziele besteht, wird die Einsetzung eines weiteren Gremiums gefordert. Dieses soll die Umsetzung der NIV-Charta begleiten und überprüfen. Sollte dieses Gremium zum Schluss kommen, dass die Ziele nicht erreicht werden können, darf es die Empfehlung abgeben, die Kandidatur abzubrechen. So viel Biss haben also die NIV-Polizisten, wenn es hart auf hart kommt!

Und als Krönung fordert die Charta noch, dass der Kanton Graubünden eine «umfassende Nachhaltigkeitsstrategie» und dafür kohärent umzusetzen auch Verfassung, Nachhaltigkeitsmanagement einzuführen habe. Wer braucht noch Gesetzgebung, Parlament, Regierung und Volk, wenn man als privater Verein eine NIV-Charta hat!

Fazit: Abstimmungspropaganda statt seriöse Grundlage

Hätten es die Promotoren von «Graubünden 2022» mit ihrem Nachhaltigkeitsversprechen ernst gemeint, hätten sie dafür gesorgt, dass eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie am Anfang der Diskussion gestanden hätte. Dann wären zuerst die gesetzlichen Grundlagen erarbeitet und beschlossen worden und erst anschliessend wäre der Kandidaturprozess initiiert worden. In der Realität hat aber der Grosse Rat nur das Finanzhaushaltsgesetz für Olympia geändert. 300 Millionen Franken Volksvermögen hat man gesetzlich für die Spiele garantiert. Für die Nachhaltigkeit muss ein unverbindliches Papier eines privaten Vereins genügen. Angesichts dieser Aspekte ist offensichtlich, dass die NIV-Charta nicht halten kann, was sie verspricht:

- Sie hat weder die demokratische Legitimation und noch die Durchsetzungskraft eines verbindlichen Regelwerks.
- Sie formuliert vage Wünsche und Absichten statt klare Standards und Verpflichtungen.
- Sie enthält keinerlei plausible Mechanismen, die aus den Zielen griffige Strategien und Massnahmen ableiten.
- Sie bleibt schwammig, wie das Erreichen der Ziele gemessen werden soll. Diverse Ziele sind gar nicht messbar. Andere Ziele sind erst im Nachhinein überprüfbar.
- Sie bietet keine Möglichkeiten, Verfehlungen zu sanktionieren.
- Sie ist schon heute toter Buchstabe. Die versprochene Transparenz könnte ganz einfach eingehalten werden, indem endlich offen gelegt würde, wer die teure Abstimmungskampagne finanziert, wer die angeblich vorhandenen Sponsoren sind oder auch indem die Details der für jede Sportstätte erstellten Nutzungskonzepte endlich offen gelegt würden.

Kurz: Die Charta lenkt von den Problemen der Olympia-Kandidatur ab statt sie anzupacken. Schöne Gemeinplätze ersetzen kritische Fragen. Sie ist ein Propagandamittel, keine seriöse Grundlage